deren Urtheil zu vollstrecken er als seine Aufgabe anerkannt. Das ist für die Presse nicht wenig schmeichelhaft; ob es aber auch schmeichelhaft für das Präsidium des Reichstags und die Präsidialparteien ist, muß man diese beurtheilen. Uebrigens ist noch eine andere Unterlassung aus der Sonnabendsitzung zu erwähnen. Der Herr Kriegsminister beobachtete — schwerlich in Folge der Ausfälle des Abg. Stadthagen — völliges Schweigen über die Militairstrafproceßordnung. Der Abg. Hausmann hatte, wie man einräumen muß, sehr vorsichtig der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Kriegsminister bis zur dritten Lesung des Etats oder spätestens in der nächsten Session in der Lage sein werde, die Vorlage an den Reichstag zu bringen. Der Minister aber begnügte sich mit dem Hinweis auf die erste Lesung des Etats. Als nachher Herr v. Benigsen auf die Sache zurückkam und die baldige Vorlegung des Gesetzes betonte, schwieg der Kriegsminister. Jedenfalls ist damit die neuliche Meldung bestätigt, daß, wenn die Vorlage nicht kommt, der Kriegsminister daran unschuldig ist und daß der Reichstag nicht freiwillig auf die Vorlegung in dieser Session verzichtet. Am 11. December, bei der ersten Lesung des Etats, hatte der Kriegsminister auf die Frage der Abgg. Fritzen und Richter erwidert, die Vorlage sei im preußischen Staatsministerium noch nicht ganz erledigt. Ob inzwischen wenigstens dieses Stadium überschritten ist, hätte man gern erfahren; aber der Kriegsminister zog es vor, die Sache im Dunkeln zu lassen.

Unter den Blättern, die mit ganz besonderem Eifer die **sächsische Wahlreformvorlage** bekämpfen und es als eine schreiende Ungerechtigkeit bezeichnen, daß künftig sächsische Wähler, die nur 3 Mark Staatssteuer zahlen, nicht genau denselben Einfluß auf die Zusammensetzung der Zweiten sächsischen Kammer haben sollen wie die, die 3000 Mark und mehr zahlen, thun sich besonders die demokratischen Blätter der Reichshauptstadt hervor. Daß es ihnen aber bei diesem Eifer lediglich auf Stimmungsmacherei unter den Arbeitern für die bürgerliche Demokratie und deren Presse, nicht aber auf das Wohl der Arbeiter ankommt, ergiebt sich klar aus der Stellung, welche diese Blätter in der Bewegung der Arbeiter der Kleider- und Wäschefabrikation einnehmen. Während die als arbeiterfeindlich verschrieene nationalliberale Fraction des Reichstags Anregung zur Bekämpfung der in der Wäsche- und Confectionsbranche hervorgetretenen Uebelstände auf administrativem und gesetzgeberischem Wege gegeben hat und die nationalliberale Presse ohne Ausnahme den Arbeitgebern ins Gewissen redet, streitet die reichshauptstädtische demokratische Presse um die Frage, ob sie überhaupt das Recht habe, sich mit der Nothlage der Confectionsarbeiter zu befassen oder nicht! Dabei muß es besonders auffallen, daß gerade diejenigen demokratischen Blätter, die anderen Arbeitsausständen gegenüber diese Zurückhaltung nicht beobachten zu müssen geglaubt haben, die meiste Lust zur Bemeinung der Frage zeigen. So hat z. B. die „Freisinnige Zeitung" während des zweiten rheinisch-westfälischen Grubenstreiks für die Arbeiter und gegen die (nicht demokratischen) Arbeitgeber Partei genommen, und das ist doch ausgeschlossen, daß das Berliner Blatt mit den Verhältnissen der Wäschefabrikation weniger vertraut sei, als mit den Zuständen einer Industrie im entfernten Westen. Die „Vossische Zeitung", die wohl als in Fühlung mit den Arbeitgebern der Confection stehend angesehen werden darf, hat ihren Drang, jedwedes Ding, sei es Ereigniß oder auch nur Gerücht, alsogleich von den ihr anscheinend lange vor der Entdeckung des Würzburger Professors zu Diensten stehenden unwiderstehlichen Strahlen „an leitender Stelle" durchleuchten zu lassen, gegenüber der brennenden wirthschaftlichen Frage Berlins bis in die letzten Tage bezähmt. Was das Blatt nun sagt, ist befremdend genug. Es läßt zwar, sehr beiläufig, die Forderung einer Erhöhung der Löhne im Berliner Schneidergewerbe einfließen, wendet sich aber dann im schroffen Uebergange an die Regierung mit dem Ausdrucke der Erwartung, diese werde thun, was sie könne. Dieses Verhalten ist um so bedenklicher, als die „Vossische Zeitung" der Regierung bezw. der Gesetzgebung die Schuld an der üblen Lage der Confectionsarbeiter beimißt. Der Regierung, weil sie der Ausübung des Coalitionsrechtes mit übertriebenem Mißtrauen gegenüberstehe, und der deutschen Gesetzgebung, weil sie durch die von ihr begonnene Schutzpolitik andere Staaten zur Erschwerung der deutschen Einfuhr an Veredelungsartikeln gedrängt habe. Der eine Vorhalt ist einfach widersinnig und der andere — wir dürfen hier von seiner geschichtlichen Unrichtigkeit absehen — in diesem Augenblick jedenfalls nichts weiter als eine Ausflucht. Angesichts von Zuständen, wie sie in der Confectionsbranche aufgedeckt sind, sich damit begnügen, auf Verhältnisse hinzuweisen, die zur Zeit nicht zu ändern sind, heißt sich der Pflicht entziehen, mögliche Verbesserungen ins Auge zu fassen. Und der Versuch, Verbesserungsvorschläge, die in einem anderen Lande durchgeführt sind, ad absurdum zu führen, indem man sie, wie die „Vossische Zeitung" thut, mit dem Antrag Kanitz und der internationalen Doppelwährung auf eine Stufe stellt, ist ein plumper und zugleich Aergerniß erregender Kniff. Die Regierung wird der Anforderung des freisinnigen Blattes folgen und thun, „was sie thun kann", aber sie hat bereits erklärt, daß sie für sich allein nur einen Theil der durch die Mißstände in der Confection erwachsenen Aufgabe lösen kann. „Ich darf", so hat der Staatssecretair von Boetticher seine Beantwortung der Interpellation Heyl geschlossen, „ich darf ihre (der verbündeten Regierungen) Ueberzeugung aussprechen, daß die volle Beseitigung dieser Mißstände nur dann zu erhoffen ist, wenn auch der Arbeitgeber sich der Pflicht bewußt wird, die er dem Arbeitnehmer gegenüber zu erfüllen hat. Nur bei einer Mitwirkung aller derjenigen Personen, welche Arbeiter in diesen Branchen beschäftigen, läßt sich die Herstellung menschenwürdiger Zustände erhoffen." Wollte freilich die „Voss. Ztg." der Mahnung sich anschließen, die in diesen Worten liegt, so könnten das die Arbeitgeber übelnehmen. Deshalb schiebt das Blatt der Regierung alle Schuld und Verpflichtung zu und benutzt, um ihre dadurch in übles Licht gebrachte „demokratische" Arbeiterfreundlichkeit in besseres Licht zu rücken, die willkommene Gelegenheit, gegen die „arbeiterfeindliche" sächsische Wahlreformvorlage zu streiten! Schöne Arbeiterfreundlichkeit!

Die **österreichische Wahlreform** fügt bekanntlich zu den vier Wahlcurien (Landgemeinden, Städte, Gewerbekammern und Großgrundbesitz), auf denen die österreichische Interessenvertretung beruht, eine fünfte mit dem allgemeinen Wahlrechte, in der aber nicht nur die neuen, sondern auch die alten Wähler stimmberechtigt sind, so daß die letzteren ein doppeltes Wahlrecht erlangen. Diese Curie wählt zu den bisherigen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses noch 72 hinzu, die sich auf die einzelnen Kronländer, welche in 72 Wahlbezirke zerfallen, vertheilen. Auch für die neuhinzukommenden Wähler gilt, daß sie das 24. Lebensjahr überschritten haben und 6 Monate an einem Orte ansässig gewesen sein müssen. Was den Wahlmodus anbelangt, so bleibt es in Bezug auf die alten Wählerclassen im Allgemeinen dabei, daß die Wahl in den Städten direct, in den Landgemeinden indirect ist. Die Entscheidung über die directe oder indirecte Wahl in der neuen Wählerclasse wurde dadurch erschwert, daß in dieser Classe Städte und Landgemeinden in der Regel gemeinsam wählen sollen, weshalb der gegenwärtige Modus (Städte direct, Landgemeinden indirect) nicht anwendbar erschien, denn hätte man für die Städte der allgemeinen Wählerclasse die unmittelbare Wahl einführen wollen, so hätte man auch den Landgemeinden das Gleiche zugestehen müssen. „In letzterer Beziehung gehen aber," so heißt es in den Motiven, „die Anschauungen nach Ländern und Parteien noch so weit auseinander, daß es wohl nicht an der Zeit erscheint, eine radicale Umwälzung des jetzt verfassungsmäßig in den Landgemeinden bestehenden Wahlmodus zu decretiren. Anders würde sich sofort die Frage gestalten, wenn in einem Lande landesgesetzlich bestimmt werden sollte, daß die Wahl der Landtagsabgeordneten in den Landgemeinden unmittelbar vorzunehmen sei; es läge dann kein Grund vor, denselben Wahlvorgang bezüglich der Reichsrathswahlen auszuschließen. Damit war für die vorliegende Wahlreform die Richtschnur gegeben: in der Wählerclasse der Landgemeinden bleibt mittelbare Wahl, aber es wird reichsgesetzlich vorgesorgt, daß, sobald im Wege der Landesgesetzgebung unmittelbare Landtagswahlen in der Wählerclasse der Landgemeinden eingeführt werden, derselbe Wahlmodus eo ipso für die Reichsrathswahlen gelte." Eine Ausnahme machen die 6 volkreichsten Städte. Wien, Prag und Triest bilden Wahlbezirke, bestehend aus ausschließlich städtischen Gebieten; Lemberg, Graz und Brünn bilden gleichfalls städtische Bezirke, denen aber zum Behufe der Wahl aus der neuen Curie die angrenzenden Landgemeinden angeschlossen werden. Die städtischen Bezirke üben das Wahlrecht direct aus. Als ein Zugeständniß an die Klerikalen und Conservativen ist es zu betrachten, daß das Cabinet deren Hauptforderung berücksichtigt und abgesehen von den allgemeinen Ausschließungsgründen der Bescholtenheit, des Militairverbandes und der Armenversorgung für die neue Curie noch einen weiteren Ausschließungsgrund festgesetzt hat. Alle Personen, die im Gesindeverbande stehen und mit dem Dienstherrn in Hausgenossenschaft leben, bleiben nämlich vom Wahlrechte ausgeschlossen. Diese Bestimmung fällt indeß nicht schwer ins Gewicht, da die Zahl der hiervon betroffenen Personen eine geringe ist und neben der Vermehrung der Wähler von 1 732 257 auf 5 333 481, die durch die Wahlreform eintritt, verschwindet. Die Aufnahme, welche die Reform bei den Parteien findet, ist eine getheilte, je nachdem dieselben zu gewinnen hoffen oder zu verlieren fürchten. Bei den Klerikalen herrscht eine freudige Stimmung, weil dieser Partei der Löwenantheil von den 72 neuen Mandaten zufallen wird. Die Vereinigte deutsche Linke hat höchstens auf 6 Mandate zu rechnen, während die Antisemiten mindestens zwölf Sitze zu gewinnen hoffen. Die Socialdemokraten rechnen auf einen Zuwachs von 18 Mandaten. Die Liberalen werden für die Reform stimmen, weil sie diese als nothwendiges Uebel betrachten, und so dürfte die erforderliche Zweidrittelmajorität zusammenkommen.

In **Luxemburg** hat die demokratische Kammergruppe einen Antrag auf Erweiterung des Kammerwahlrechts in dem Sinne eingebracht, daß alle Gemeindewähler auch das Kammerwahlrecht erhalten sollen. Durch diese Wahlreform, die noch ohne Verfassungsänderung vollzogen werden kann, würde sich die Gesammtzahl der luxemburgischen Wähler verdoppeln und in den städtischen Wahlbezirken sogar verdreifachen. Die großherzogliche Regierung und der Staatsrath haben sich gegen den demokratischen Wahlreformantrag ausgesprochen, weil das luxemburgische Wahlrecht erst vor ganz kurzer Zeit durch die Herabsetzung der Wahlsteuer von 30 auf 15 Francs sehr erheblich erweitert worden ist und neue Versuche in dieser Richtung weiten Kreisen im Großherzogthume als schädlich erscheinen. Die Herabsetzung der Wahlsteuer ist bisher nur den Demokraten und Französlingen zu Gute gekommen, und die Liberalen würden bei einer neuen Erweiterung des Wahlrechts wahrscheinlich das Schicksal des belgischen Liberalismus erleiden. Diese Beweggründe werden freilich die luxemburgische Kammermehrheit, die aus Demokraten, Französlingen und Katholiken besteht, nicht abhalten, auch gegen den Willen der Regierung die neueste Wahlreformvorlage anzunehmen. Es ist dies um so wahrscheinlicher, als die drei Mehrheitsparteien schon lange nach einer passenden Gelegenheit suchen, das ihnen verhaßte liberale Ministerium Eyschen zu stürzen. Die Wahlreformdebatte wird diese Gelegenheit schaffen, da es zweifellos ist, daß das Ministerium Eyschen aus der Verwerfung der demokratischen Wahlreform eine Vertrauens- und Cabinetsfrage machen wird. Es fragt sich nur, ob der Großherzog den Mehrheitsparteien entgegenkommen und nach dem Sturze des langjährigen liberalen Ministeriums etwa einen Demokraten oder gar Franzosenfreund an die Spitze der Regierung berufen wird. Denn die gegenwärtige Opposition besitzt weder ein gemeinsames Programm, noch irgend eine Persönlichkeit, die zur Uebernahme der Regierung geeignet wäre.

Wie wir voraussagten, ist der **Besuch des Transvaal-Präsidenten Paul Krüger in London** sehr fraglich geworden, da die von ihm als Vorbedingung verlangte und nunmehr erfolgte Bekanntgabe dessen, worüber verhandelt werden soll und was man von ihm verlangt, das, was er zugestehen geneigt ist und was der Volksraad billigen würde, weit überstrigt. Chamberlain, heißt es, verlangt jetzt nichts mehr oder weniger, als was der Johannesburger Reformausschuß von der Transvaal-Regierung gefordert hatte, oder die Ausscheidung des Randgebietes, wie er sie in Vorschlag gebracht; er will weiter die ausdrückliche Anerkennung der englischen Suzeränität in Bezug auf die äußeren Angelegenheiten, die in Frage gestellt worden sei. Krüger soll erklärt haben, daß er, ganz abgesehen von seinen persönlichen Anschauungen, seinen Boeren mit solchen Vorschlägen überhaupt und insbesondere nach den jüngsten Vorkommnissen nicht kommen dürfe, und daß ihm der Volksraad, wenn er es thäte, nicht die Bewilligung zur Reise nach London ertheilen würde. Auch der Staatssecretair der Transvaalrepublik Dr. Leyds, welcher eben von Berlin nach Amsterdam abgereist ist, um sich sodann nach London zu begeben, glaubt, wie er sich in Berlin geäußert hat, nicht daran, daß Krüger der Einladung Chamberlain's Folge leisten wird. — Der Berliner Berichterstatter des „Daily Telegraph" wartet seinem Blatte mit folgender sensationellen Nachricht auf:

„Die leitenden Persönlichkeiten in Berlin besitzen übergehende Beweise, daß Jameson's Einfall thatsächlich außerhalb des Kreises der Chartered Company angezettelt wurde, daß Geld die Hauptrolle spielte und die erforderlichen Geldmittel von sechs wohlbekannten Financiers geliefert wurden, die alle deutsche Namen tragen, und die noch vor wenigen Jahren deutsche Unterthanen gewesen seien. Dies werde zweifelsohne zur gehörigen Zeit völlig klargelegt werden."

Mit vollem Recht bemerkt die „Voss. Ztg." zu diesem wunderbaren Einfall des ingenösen Briten: „Es fehlte nur noch, daß auch behauptet würde, die bösen Deutschen hätten den Einfall Jameson's nur angestiftet, um den guten Engländern Verlegenheiten zu bereiten. Daß unter den Minenspeculanten in Johannesburg und unter den Verhafteten des Nationalcomités deutsche Namen wie Joël und Bettelheim figuriren, mag richtig sein; ob aber diese Herren wie so manche andere wirklich als Deutsche gelten können, möchten wir bezweifeln. Sie selbst haben jedenfalls diese Staatsangehörigkeit nie behauptet, stets als Engländer gegolten und nur in ihrem und im englischen Geldinteresse gearbeitet. Die alte Fabel von der Unschuld der Chartered Company soll jetzt von Berlin aus beglaubigt werden."

Deutsches Reich.

△ **Berlin**, 17. Februar. In Magdeburg fand am Sonnabend eine vom Nationalliberalen Verein daselbst veranstaltete Festlichkeit zu Ehren des früheren Reichstagsabgeordneten Stadtraths O. Duvigneau statt, der vor nahezu 30 Jahren im Augenblick des Ausbruchs der preußischen Armee den Verein ins Leben gerufen hatte, damit nach dem Kriege Männer und Organe zu finden seien, den Verfassungsstreit zu schlichten. Neben dem Verein in Halle war dies unseres Wissens der einzige im alten Preußen schon vor dem Kriege begründete nationalliberale Verein, der auch den Parteinamen sich aneignete. Nachdem Stadtrath Duvigneau bis Ende vorigen Jahres den Verein geleitet hatte, legte er den Vorsitz in demselben wie in einer Reihe anderer Vereine seiner Vaterstadt nieder, um sich in seinem höheren Lebensalter etwas zu entlasten. Der Verein ehrte seinen Begründer und Vorsitzenden durch die Ernennung zum Ehrenvorsitzenden. Die Urkunde darüber, in Form einer Adresse mit feinstem künstlerischem Geschmack von Magdeburger Künstlern ausgeführt, wurde am Sonnabend bei dem hierzu veranstalteten Feste durch den neuen Vorsitzenden, Abg. Stadtrath Reichardt, übergeben. Der Jubilar selbst durfte bei dieser Gelegenheit zu seinem Stolze wahrnehmen, daß er nicht nur ein Liebling seiner Heimathstadt ist und bleiben wird, sondern daß er sich auch die freundschaftliche Neigung seiner politischen Freunde und früheren parlamentarischen Collegen im weiten Reiche erworben und für alle Zeit gesichert hat.

* **Berlin**, 17. Februar. Zur Lage des Ausstandes in der Confectionsindustrie wird berichtet: Der Generalausstand ist nun thatsächlich hereingebrochen. Die Meister wollen sich so lange mit den Arbeitern solidarisch erklären, bis die Confectionaire einen festen Lohntarif bewilligt haben; auf eine procentuale Lohnerhöhung wollen sich die Meister unter keinen Umständen einlassen, denn sie glauben, daß in einem solchen Falle zur nächsten Saison die Preise noch weiter gedrückt würden, so daß die procentuale Lohnerhöhung hinfällig würde. Heute Abend tagte eine Sitzung der 21er Commission der Schneidermeister, worin die Lage des Ausstandes besprochen wurde; sie wurde allgemein als günstig bezeichnet. Sobald der Tarif zwischen den Meistern und Confectionairen festgestellt sein sollte, wollen die Meister ihren Tarif mit den Arbeiterinnen festlegen, der dann in den Werkstuben aufgehängt werden soll. Es sollen Sammlungen in bürgerlichen Kreisen veranstaltet werden, um auch die mittellosen Schneidermeister zu unterstützen, damit diese mit in den Ausstand treten können und nicht, durch Noth gezwungen, den Ausstand brechen; auch die beiden Meistervereinigungen beabsichtigen die Schneidermeister zu unterstützen. Die Berliner Confectionäre haben für die am Mittwoch stattfindenden Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbegericht eine Siebener-Commission gewählt, die angeblich beauftragt wurde, nur 10 v. H. Lohnaufschlag zu bewilligen, weil man glaubt, bei höheren Zubilligungen durch die Provinzialstädte von dem einheimischen und dem Weltmarkt verdrängt zu werden. (Bekanntlich sind in Erfurt und Breslau 12½ v. H. Lohnerhöhung bewilligt worden. Red.) — Für die Streikenden sind beim „Vorwärts" bisher 11 373,95 ℳ eingegangen.

— Die Schwierigkeiten, die sich, wie wir meldeten, in der letzten Vorstandssitzung des Reichstages betreffs der Gedenkfeier am 21. März ergeben hatten, sind nach der „Post" dadurch beseitigt worden, daß das Centrum dem Verlangen der Reichspartei, Conservativen und Nationalliberalen nachgegeben hat, daß beim Bankett ein Trinkspruch auf den Fürsten Bismarck ausgebracht wird.

— Die Meldung des „Berl. Tagebl.", daß Deutschland die Anerkennung des Prinzen Ferdinand bereits in Sofia notificirt habe, ist, der „Deutschen Sonntagspost" zufolge, irrig; es ist der Antrag hierauf überhaupt erst in den letzten vierundzwanzig Stunden gestellt worden.

— Der 80. Geburtstag des Abgeordneten von Benda wurde heute durch ein Festmahl, an welchem etwa 100 Abgeordnete und Freunde, darunter die Minister Miquel und Hobrecht, theilnahmen, gefeiert.

— Die Commission des Herrenhauses zur Vorberathung des Gesetzes, betreffend das Anerbenrecht bei Renten- und Ansiedelungsgütern, beschloß folgende Resolution: „Die Staatsregierung zu ersuchen, Gesetzentwürfe vorzulegen, welche für den gesammten landwirthschaftlichen Grundbesitz a) unter Mitwirkung der Rentenbanken oder, soweit diese nicht möglich ist, anderer zu begründenden oder zu erweiternden Institute das Anerbenrecht einführen und auf die Umwandlung der Hypotheken- und Grundschulden mit Amortisationszwang hinwirken, b) der realen Verschuldung Grenzen ziehen, c) bei Wahrung bestehender Rechte die Bildung, besonders mittlerer Fideicommisse erleichtern."

— In der vor einiger Zeit zu Berlin abgehaltenen Sitzung der preußischen Commission für das technische Unterrichtswesen ist auf den Wunsch nach Erhöhung der Staatszuschüsse für Fach-, namentlich Webschulen, von den Regierungsvertretern die Erklärung abgegeben worden, daß von der Staatsregierung höhere Beiträge als die von engeren Kreisen aufgebrachten nach bisherigen Principien nicht gegeben würden. Infolge dessen wurde in der Commission den Interessentenkreisen ans Herz gelegt, mehr als bisher die Fachschulen durch Legate zu bedenken, wie dies ja schon gegenwärtig mit den höheren Lehranstalten der Fall ist.

— In der heutigen Vorstandssitzung des Bundes der Landwirthe wurde, wie die „Post" hört, ein vollständiger Entwurf eines neuen Alters- und Invaliditätsgesetzes vorgelegt und nach eingehender Debatte zur Berathung im Plenum gutgeheißen. Den Schluß der Verhandlungen bildete eine Discussion über die Arbeiterfrage. Herrn von Ploetz wurde ein Vertrauensvotum für seine Geschäftsleitung im letzten Jahre ausgesprochen.

Alle Befürchtungen, die sich mir aufdrängten, konnten doch nicht vor der Ueberzeugung Stand halten, daß meine unselige Lage sich verbessern würde, ich war frei geworden von dem Drucke, der mich seither wie mit Ketten festgehalten. So erklärte ich Biedermann, daß ich entschlossen sei, seine Forderung an mich, soweit sie eine berechtigte, zu befriedigen, daß ich aber rückhaltlos jedem weiteren Angriff seinerseits zu begegnen wissen und selbst die Oeffentlichkeit nicht scheuen werde, wenn er noch einmal den Versuch machen sollte, durch seine elenden Manipulationen mich nach irgend einer Seite hin zu bedrohen.

Ein höhnisches Lachen war seine ganze Antwort. Bereits wenige Tage später sollte ich dieses Lachen verstehen lernen. Ich erhielt eine Vorladung vor den Polizeicommissar. Noch hatte ich keine Ahnung, was eine derartige Vorladung zu bedeuten habe, ich sollte es bald erfahren. Man wagte mich wegen Betrugs, verübt an einem Menschen, der mich zu Grunde gerichtet, in Anklagestand zu versetzen.

Hauptmann von Greifingen war von seinem Sitz in die Höhe gefahren. Sein Gesicht zeigte geisterhafte Blässe, eine tödtliche Angst prägte sich in seinen Zügen aus, seine breite Brust hob und senkte sich unter raschen, keuchenden Athemzügen.

Rechtsanwalt Herrengrund blickte mit einem Ausdruck von Verwunderung auf den furchtbar erregten Mann.

„Ja — warum denn nicht? Der Mann ist nicht vorbestraft — seine Aussage auch eine eidliche gewesen, er hat überdies noch einen Zeugen gehabt."

„Einen Zeugen?"

„Seine Frau."

„Seine Frau", wiederholte Herr von Greifingen nur. „Sie finden in diesem Verfahren also nichts Ungewöhnliches, Herr Rechtsanwalt?"

„Der Lage der Verhältnisse gegenüber — nein. Verzeihen Sie. Ich muß gleichfalls offen sein. Amtsrichter Börner ist erst vor Kurzem nach hier versetzt. Er kennt weder Biedermann, noch Sie, noch die hiesigen Verhältnisse. Man ist aber — bedenken Sie — Sie geben leichtfertige Anfeindungen zu — Ihr Name gerade in letzter Zeit wieder vielfach genannt worden. Das Testament Ihres Vaters hat Anregung gegeben, daß Sie nach allen Richtungen hin verdächtigt worden sind."

Ein leises Stöhnen entrang sich der Brust des Mannes, er schloß die Augen, und der Ausdruck seines Gesichtes spiegelte verstärkt die Qual wieder, welcher er zum Opfer gefallen war. Er verstand vollkommen, was Wilhelm Herrengrund sagen wollte.

„Ja, so ist es. Nichts, das dazu dienen konnte, mich in den Schmutz zu ziehen, ist unterlassen worden, und dieser Umstand erfüllt mich mit sinnloser Angst. Meine Gegner sind furchtbar thätig gewesen und ihr Vorgehen gegen mich bedingt ein weiteres. Nun muß ich doch sagen, was ich nicht sagen wollte, und einen Verdacht aussprechen, der mich selbst beschimpft, denn er ist gegen den eigenen Bruder gerichtet, von dem eine Entartung natürlicher Gefühle schwer zu glauben ist. Ich fürchte, mein Bruder ist im Bunde dieser Elenden. Vielleicht drückt ihn die Schuld, daß er den Sohn dem Vater entfremdet, schwerer als er vorher gesehen, die öffentliche Meinung ist auch hier und da zum Ankläger gegen ihn geworden. Wie aber möchte er sie besser beruhigen, als indem er den Enterbten zum Verbrecher herabsinken läßt?"

Und Wilhelm Herrengrund hatte wieder ein Gefühl, das ihn zwingen wollte, den Worten seines Clienten unbedingten Glauben beizumessen. Ihm war der Kern der Sache, von welcher Herr von Greifingen ihm Mittheilung machte, keineswegs fremd, nur ihre Darstellung natürlich eine wesentlich andere, als sie von Vielen gegeben worden war. So konnte er die Ansicht seines Clienten sehr wohl theilen, besonders erregt wurde er durch dieselbe nicht. Gegen die von Herrn von Greifingen geschilderten Verhältnisse aufzukommen, würde nicht wohl möglich sein. Der bloße Gedanke an ein derartiges Unterfangen ließ einen Augenblick ein sarkastisches Lächeln seinen Mund umspielen.

Für ihn würde es sich also nur darum handeln können, die Sache eines Clienten nach besten Kräften zu führen, wie sein eigenes Interesse, sein noch zu begründender Ruf als tüchtiger Vertheidiger es forderte. Daß dieser Client zufällig der Herr von Greifingen war, mußte ihm insofern angenehm sein, als der Fall ein ganz besonderes Aufsehen in den weitesten Kreisen erregen würde. Dieser letztere Gedanke trat denn auch vollkommen in den Vordergrund, so daß er nun unvermittelt zu der eigentlichen Sache überging, um zu einem Schluß zu gelangen.

„Möchten Sie mir jetzt einmal auseinander setzen, Herr von Greifingen, was Sie der Anklage entgegen zu halten haben? Sie forderten von Biedermann die ihm verpfändeten Gold- und Silbersachen zurück — nicht wahr? Haben Sie irgend welche Versprechungen daran geknüpft?"

„Ja, die dafür geforderte Summe zurückzuerstatten", entgegnete der Gefragte gepreßt, und indem er mit seinem Taschentuche über die Stirn fuhr, klebte das braune Haar in nassen Strähnen an seinen Schläfen.

„Sie haben dieselbe aber nicht, oder vielmehr, Sie sind nicht in der Lage gewesen, die Summe zurückzuerstatten?"

Herr von Greifingen fuhr plötzlich auf.

„Herr Rechtsanwalt!" Es lag beinahe etwas Drohendes in diesen beiden Worten. „Sie können glauben?"

„Verzeihen Sie, Herr von Greifingen, aber — wenn Sie die Summe zurückerstattet haben, so ist doch zu Befürchtungen gar keine Veranlassung oder — haben Sie keine Quittung?"

„Die zurückerstattete Summe ist durch den Spar- und Vorschußverein in meinem Auftrage an Biedermann gezahlt worden."

„Nun, so werden wir das im Termin vorbringen — damit erledigt sich ja die Anklage."

„Im Termin," wiederholte Herr von Greifingen nur. „Also auch dieses Entsetzliche sollte ihm nicht erspart werden. Er — vor Gericht, wegen Betruges. Es wurde ihm dunkel vor den Augen.

„Sie fassen die Sache aber wirklich zu ernst auf, Herr von Greifingen," versuchte Wilhelm Herrengrund seinen Clienten zu beruhigen. „Wenn man Jurist ist, haben derartige Dinge ganz und gar das Ungewöhnliche verloren. Da kommen andere Geschichten vor und vollends heutzutage. Sehen Sie bis in die ersten Kreise. Was wird da nicht Alles denuncirt? Die Geschichte hat ja wohl ihr Unangenehmes für Sie — gewiß, aber — nun fassen Sie sich nur einmal ein Herz. Die Hauptgeschichte ist, daß wir glatt herauskommen. Mich wundert nur, daß Sie sich soweit mit diesem Spitzbuben eingelassen haben. War denn nur kein Mensch da, der Sie mit der jämmerlichen Kleinigkeit, und wären's auch siebentausend Mark gewesen, herausgerissen hätte? Dafür waren Sie doch allemal gut. Es konnte damals doch noch Niemand wissen, daß Sie enterbt werden würden."

Zu jeder anderen Zeit würde Herr von Greifingen nicht nur die Worte Herrengrund's, sondern auch seine ganze Art und Weise im höchsten Grade anmaßend gefunden haben, in seiner gegenwärtigen Stimmung hatte er kein Empfinden für die vollkommene Verständnißlosigkeit dieses Mannes in Bezug auf die Gefühle eines Tiefgebeugten. Er glaubte nur, daß der leichtfertige Ton, den Wilhelm Herrengrund angeschlagen, dazu hatte dienen sollen, ihm einige Beruhigung zu gewähren, und wenn diese Absicht auch keineswegs erreicht wurde, so glaubte er sie doch dankbar anerkennen zu müssen.

„Es war kein Mensch da, Herr Rechtsanwalt. Verwandte, welche mir hätten helfen können, hatten weder ich noch meine Frau. Freunde? Wären Sie mit den Verhältnissen bekannt, so würden Sie wissen, daß ich keine haben konnte. Ich suchte indessen bei einem Geschäftsmann, dem einzigen, an den ich mich hätte wenden mögen, Beistand. Der Vater war mir freundlich gesinnt und als ein liebenswürdiger, warmfühlender Mensch bekannt gewesen — er würde mir geholfen haben. Der alte Herr aber war gerade in jener verhängnißvollen Zeit gestorben, und der Sohn? Er war, leider, nicht in der Lage."

Herr von Greifingen hatte sich bei diesen Worten erhoben, um sich zu verabschieden. In demselben Augenblick öffnete sich die Thür und der Bureauvorsteher blickte in das Zimmer.

„Gleich — gleich!"

Die Thür schloß sich wieder.

„Gehen Sie nur beruhigt nach Hause, Herr von Greifingen, die Sache wird sich schon machen. Ich komme noch heute mit dem Amtsrichter zusammen, vielleicht gelingt es mir, denselben Ihnen etwas geneigter zu machen. Ich glaube, er hat so ein bischen von Vorurtheil gegen Sie."

Herr von Greifingen entfernte sich mit einer förmlichen Verbeugung. Im Vorzimmer sah er sich von einem halben Dutzend Menschen mit unverschämter Neugierde gemustert. Dann war er draußen.

Er athmete in der freien Luft zwar erleichtert auf, aber die graue Sorge wich darum nicht einen Augenblick von seiner Seite — er sah furchtbar klar, und was er sah, war nicht geeignet, beruhigend auf ihn zu wirken. Von einer leisen Hoffnung getragen war er gekommen — er ging schweren Herzens. Rechtsanwalt Herrengrund hatte seinen Worten nur bedingten Glauben geschenkt; die Vorbereitungen seiner Gegner waren mit einem Raffinement getroffen, das voll zu erfassen kaum einem gewöhnlichen Menschen gelingen würde. Wenn — wenn der Anschlag glückte!

Herrengrund wollte mit dem Amtsrichter sprechen, ihn milde zu stimmen, und er mußte dem Manne noch für seinen guten Willen dankbar sein. Eine milde Beurtheilung! Ihn verlangte doch nur nach Gerechtigkeit.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.